

WARUM DEMOKRATIE SCHULISCHE POLITISCHE BILDUNG BRAUCHT. ZUM STEINIGEN WEG DER DIDAKTIK DER POLITISCHEN BILDUNG IN DER SCHWEIZ

1. EINLEITUNG

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit Entwicklungen in politischen Prozessen und Veränderungen des politischen Verhaltens von Teilen der Bevölkerung als problematisch wahrgenommen werden, wird die Forderung nach mehr oder besserer schulischer Politischer Bildung laut. Wenn sich Gruppierungen zu Rassismus, Antisemitismus oder Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden bekennen, wenn „Linksautonome“ Autoreifen aufstechen, aber auch, wenn Korruptionsskandale politische Funktionsträger*innen ins Zwielicht bringen oder populistische Parteien das Wahlvolk hinsichtlich ihrer Ziele täuschen, wenn die Mechanismen der Sozialen Medien der Bevölkerung die Köpfe verwirren, folgt alsbald die Frage nach Politischer Bildung.¹

In der Schweiz ist eine derartige Reaktion selten. Der Ruf nach Politischer Bildung wird hier aus anderen Gründen laut, gleichzeitig stimmen längst nicht alle zu, dass die schweizerische Demokratie schulische Politische Bildung brauche. Noch viel weniger aber ist man sich darüber einig, welche Erwartungen an dieselbe gestellt werden sollen: Die Zielvorgaben hängen neben politischen Opportunitäten stark davon ab, welches Staats- und Gesellschaftsverständnis bzw. welche Vorstellung von der Rolle der Bürgerinnen und Bürger zugrunde gelegt wird.²

1 Vgl. auch den Problemkatalog in Katrin Hahn-Laudenberg, Die gesellschaftliche Bedeutung der Politikdidaktik, in: Georg Weißeno/Béatrice Ziegler (Hg.), Handbuch Geschichts- und Politikdidaktik, Wiesbaden 2022. DOI 10.1007/978-3-658-29673-5_6-2.

2 Vgl. Béatrice Ziegler, Welche Politische Bildung braucht die direkte Demokratie? In: Béatrice Ziegler/Andreas Glaser (Hg.), Direkte Demokratie im Kanton Aargau in Geschichte und Gegenwart (Schriften zur Demokratieforschung 15), Zürich 2020, 51–66.

Der Politik bereitet es zum einen Sorgen, dass zwar die Zahl der Kandidierenden für das eidgenössische Parlament wie auch für die kantonalen Parlamente stetig wächst, die Gemeinden aber eine immer größere Mühe bekunden, die politischen Ämter zu besetzen.³ Zum andern bereitet die zwar unterschiedliche, aber generell doch niedrige Beteiligung des „Stimmvolkes“ an Wahlen und Abstimmungen Unbehagen.⁴ Politische Bildung wird in beiden Fällen mit der Forderung nach Partizipationssteigerung verbunden.⁵ Die Politikwissenschaftler, deren Sichtbarkeit in Politik und Öffentlichkeit sich seit dem Nationalen Forschungsschwerpunkt „NCCR Democracy“⁶ deutlich gesteigert hat, stützen die Diagnose, dass die schweizerische Demokratie in Legitimationsprobleme geraten werde, wenn die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen auf Dauer niedrig bleiben sollte.⁷ Als zusätzlich problematisch interpretierte die mit Wahl- und Abstimmungsanalysen sowie mit Umfragen befasste Forschung, dass die Beteiligung der jüngeren Berechtigten (18- bis etwa 30-Jährige) am schwächsten von allen Alterskohorten ausfällt.⁸

3 Daniel Kübler/Oliver Dlabac (Hg.), *Demokratie in der Gemeinde. Herausforderungen und mögliche Reformen* (Schriften zur Demokratieforschung 11), Zürich 2015.

4 Béatrice Ziegler/Nicole Wälti (Hg.), *Wahl-Probleme der Demokratie* (Schriften zur Demokratieforschung 5), Zürich 2012.

5 Diesem Verständnis entspricht die stark gestiegene Unterstützung von partizipativen Projekten durch Politik und Stiftungen, etwa die gesamtschweizerischen Programme „Schulen nach Bern“, URL: <https://www.schulen-nach-bern.ch/de/>; „Jugendparlamente“, URL: <https://www.dsj.ch/> oder „Jugend debattiert“, URL: <https://yes.swiss/programme/jugend-debattiert>, sowie die zahlreichen Aktivitäten, die vom Campus Demokratie vermittelt werden, URL: <https://campusdemokratie.ch/> (alle abgerufen am 30.5.2021).

6 Das Programm des Schweizerischen Nationalfonds für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) lief von 2005 bis 2017, URL: <https://data.snf.ch/grants?q=NCCR%20Democracy&funding-l2=9B6AAB58-034B-4A33-96CB-1031FF144734>; seine Leitung war an der Universität Zürich angesiedelt. Es führte zur Institutionalisierung der Demokratieforschung am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA), URL: <https://www.zdaarau.ch/> (beide abgerufen am 9.6.2022).

7 Vgl. dazu Frank Schimmelpennig/Manuel Vogt, Voraussetzungen der Demokratie. Staat und Volk – was sonst? In: Hanspeter Kriesi/Lars Müller (Hg.), *Herausforderung Demokratie*, Zürich 2013, 152–191.

8 Der Befund ist Gegenstand intensiver Diskussionen. Insbesondere wurde entlastend gezeigt, dass übersehen wird, dass bei der hohen Abstimmungsichte in der Schweiz wechselnde Beteiligungen zustande kommen und derart insgesamt rund drei Viertel der Stimmfähigen in die Prozesse involviert sind. Uwe Serdült, Parti-

Der damit definierte Handlungsbedarf bezüglich der Beteiligung des „Stimmvolkes“ an politischen Aushandlungsprozessen und in den damit befassten Institutionen kollidiert mit einer langen Tradition, in der die Auffassung vorherrscht, politische Beteiligung sei ein Resultat der häuslichen und vereinsinternen Sozialisierung in die republikanische Gesellschaft und solle deshalb nicht von einem Fach Politische Bildung in der Schule beeinflusst werden.⁹

Die Didaktik der Politischen Bildung ist von diesen Diskussionen nicht unberührt geblieben. Sie vertritt aber mit Nachdruck die Auffassung, dass es für eine funktionierende Demokratie eine schulische Politische Bildung braucht.¹⁰ Deren Notwendigkeit begründet sie aber nicht einfach mit den von der Öffentlichkeit diskutierten Defiziten, sondern argumentiert mit dem individuellen Recht auf informierte und kompetente Teilhabe der Individuen.¹¹ Darin wird sie durch weitere Entwicklungen gestützt, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben. So wurden in der schweizerischen Bildungslandschaft in den vergangenen rund fünfzehn Jahren im Kontext der Professionalisierung der Ausbildung von Lehrpersonen an Pädagogischen Hochschulen dezidierte Schritte unternommen, die Fachdidaktiken institutionell, aber auch in ihrer Wissenschaftlichkeit zu stärken. Wie für andere Fachdidaktiken entstand für die Didaktik der Politischen Bildung ein Zentrum, das sich der Forschung und Entwicklung in dieser Domäne widmet.¹² Bedeutsam war weiter, dass sich die

zipation als Norm und Artefakt in der schweizerischen Abstimmungsdemokratie. Entmystifizierung der durchschnittlichen Stimmbeteiligung anhand von Stimmregisterdaten aus der Stadt St. Gallen, in: Andrea Good/Bettina Platipodis (Hg.), *Direkte Demokratie. Herausforderungen zwischen Politik und Recht: Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag*, Bern 2013, 41–50.

- 9 Zur politischen Bildung oder Erziehung in Texten der eigenössischen Diskussion der letzten 200 Jahre vgl. Alexander Lötscher/Claudia Schneider/Béatrice Ziegler (Hg.), *Reader. Was soll Politische Bildung?* Bern 2016.
- 10 Vgl. Ziegler, *Politische Bildung*; vgl. auch Monika Waldis/Béatrice Ziegler, *Politische Bildung in der halbdirekten Demokratie der Schweiz*, in: *Jahrbuch für direkte Demokratie* 2018, Zürich 2019, 42–66.
- 11 So im Übrigen auch der Staatsrechtler Andreas Glaser, *Politische Bildung und politische Rechte. Wechselbeziehungen aus staatsrechtlicher Sicht*, in: Béatrice Ziegler/Monika Waldis (Hg.), *Politische Bildung in der Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven*, Wiesbaden 2018, 17–36.
- 12 Das Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der PH FHNW ist am Zentrum für Demokratie Aarau angesiedelt, URL: <https://www.zdaarau.ch/organisation/abteilungen> (abgerufen am 1.6.2021).

Hinwendung der Erziehungswissenschaft zur Empirie seit den 1990er Jahren auch in Befragungen zum Stande des Wissens, des Interesses und der Partizipationsbereitschaft bezüglich Politik zeigte.¹³ Schließlich fanden die insbesondere vom Europarat vorangetriebenen Bemühungen für das „Demokratie-Lernen“ auch in der Schweiz ihren Niederschlag, sodass die Ausrichtung der Politischen Bildung in Richtung der Befähigung nachkommender Generationen zu einer handlungsorientierten Teilhabe an politischen bzw. demokratischen Aushandlungsprozessen im Staat wie in der Zivilgesellschaft Aufschwung nahm. Damit wandte man sich in Theorie und Praxis ab von früheren Modellen, wie etwa dem Staatskundeunterricht.¹⁴ Unter dem Motto „Demokratie fällt nicht vom Himmel“ haben sich alle an einer Stärkung der Politischen Bildung Interessierten beteiligt. So wünschenswert die stärkere Beachtung auch ist, die zivilgesellschaftlichen Stimmen haben es einer wissenschaftsbasierten Didaktik der Politischen Bildung nicht unbedingt einfacher gemacht, schulische Politische Bildung zu konzipieren und deren Implementation beratend zu begleiten.

Im Folgenden soll die aktuelle Position der Didaktik der Politischen Bildung skizziert werden, bevor gezeigt wird, gegen welche Strömungen in Öffentlichkeit und Politik, aber auch in der Wissenschaft sie dabei argumentieren muss.

2. DIDAKTIK DER POLITISCHEN BILDUNG

Die Didaktik der Politischen Bildung versteht sich als wissenschaftsbasierte Disziplin, die über theoretische und empirische Arbeit zum Lehren und Lernen in der Domäne der Politischen Bildung forscht und ihre Befunde der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen, der Bildungspolitik und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Die Kenntnisnahme wissenschaftlich erarbeiteter und diskutierter Ergebnisse wird allerdings durch starke alternative Vorstellungen dazu, was Politische Bildung sei und zu leisten habe, bestimmt.

Die aktuelle Didaktik der Politischen Bildung in der Schweiz orientiert sich vorrangig an einem Politikbegriff, der die Aushandlungsprozesse zur Errei-

13 Monika Waldis, *Demokratiethorie und Erziehungsideal im Diskurs der Politischen Bildung in der Schweiz*, in: Béatrice Ziegler/Monika Waldis (Hg.), *Politische Bildung in der Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven*, Wiesbaden 2018, 75–96.

14 Ein wichtiges Signal für die Lehrpersonen und die Politik war die Publikation von Rolf Gollob/Christian Graf-Zumsteg/Bruno Bachmann/Susanne Gattiker/Béatrice Ziegler, *Politik und Demokratie – Leben und lernen. Politische Bildung in der Schule. Grundlagen für die Aus- und Weiterbildung*, Bern 2007.

chung allgemeingültiger Regelungen ins Zentrum stellt, und fordert von schulischer Politischer Bildung die Förderung von Fertigkeiten, Fähigkeiten und Bereitschaften, also der Kompetenz für die Teilhabe aller an einer so verstandenen Politik.¹⁵ Sie folgt der deutschsprachigen Community darin, als zentrale Bereiche die Urteils-, die Handlungs- und die Sachkompetenz bzw. das Wissen zu unterscheiden.¹⁶ Die Komplexität politischer Teilnahme wird deutlich, wenn die politische Kompetenz auf die Situation des Abstimmens über Sachfragen in der direkten Demokratie gerichtet wird. Nicht, dass in einer parlamentarischen Demokratie die dabei hervortretenden Kompetenzfacetten irrelevant wären – ganz im Gegenteil: Es braucht einen Wissensaufbau, ein Netz von Konzepten, das die einzelnen Elemente der politischen Aushandlung in ihrer institutionellen Stellung, ihrer Funktion, ihren Abhängigkeiten usw. miteinander verknüpft und so verfügbar macht.¹⁷ Daraus entsteht das Verständnis für die spezifische Gestaltung und das Urteilen und Handeln in der jeweiligen Demokratie. Schulische Politische Bildung konzentriert sich deshalb auf Wissensaufbau und Förderung der politischen Kompetenzen des Urteilens und Handelns. Um für seine Teilnahme am politischen Leben sachgerechte Voraussetzungen zu schaffen, braucht das Individuum schulische Politische Bildung. Nur so gelingt ihm die informierte Vertretung seiner eigenen Bedürfnisse und Interessen und die Mitbestimmung im gesellschaftlichen Leben.

Mit den stark ausgebauten Volksrechten begründet *Waldis* das spezielle Augenmerk der Didaktik der schweizerischen Politischen Bildung auf Fähigkeiten der Informationsbeschaffung und -bewertung sowie der Beurteilung von

-
- 15 Waldis/Ziegler, Politische Bildung; Dies., Politische Bildung in der Schweiz, in: Wolfgang Sander/Kerstin Pohl (Hg.), Handbuch politische Bildung, Frankfurt a. M. 2022, 574–582. Béatrice Ziegler, Politische Bildung im Deutschschweizer Lehrplan (Lehrplan 21), in: Dominik Allenspach/Béatrice Ziegler, Forschungstrends in der politischen Bildung. Beiträge zur Tagung „Politische Bildung empirisch 2010“, Zürich–Chur 2012, 29–46.
- 16 Joachim Detjen/Peter Massing/Dagmar Richter/Georg Weißeno, Politikkompetenz. Ein Modell, Wiesbaden 2012; Reinhard Krammer, Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell, in: *Informationen zur Politischen Bildung* 29 (2008), 5–14; Béatrice Ziegler/Claudia Schneider/Vera Sperisen/Patrik Zamora/Roxane Kübler, Kompetenzraster Politische Bildung. Für Lehrpersonen und Schulleitungspersonen der Volksschule im Kanton Aargau/im Bildungsraum Nordwestschweiz, Aarau 2012.
- 17 Georg Weißeno/Joachim Detjen/Ingo Juchler/Peter Massing/Dagmar Richter, Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell, Bonn 2010; Waldis/Ziegler, Politische Bildung.

sachlichen wie politischen Konsequenzen einer Vorlage, die sowohl manipulativen Abstimmungsvorlagen wie auch folgenreichen „Fehlentscheidungen“ vorbeugen sollen.¹⁸ Dabei gilt ein besonderes Interesse der politischen Meinungsbildung unter den Bedingungen der Digitalisierung.¹⁹

Was das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und dem Staat auf der anderen Seite betrifft, stützt die Didaktik ihre theoretischen Überlegungen auf demokratietheoretische Konzepte und Diskussionen.²⁰ Der Didaktik und der Politikwissenschaft bereitet demokratietheoretisch die Tatsache Sorge, dass ein relevanter Anteil der Wohnbevölkerung an den politischen Aushandlungsprozessen nicht beteiligt ist, vor allem der hohe Prozentsatz ausländischer Kinder in schweizerischen Schulklassen gibt Anlass zu einer grundsätzlichen Prüfung der Ziele und Inhalte schulischer Politischer Bildung.²¹ Ungleichheit in den Bildungschancen als Faktor für die später unterschiedliche Beteiligung sozialer Gruppen an politischen Prozessen findet generell Aufmerksamkeit.²²

18 Vgl. Waldis, *Demokratietheorie*.

19 Manuel S. Hubacher/Monika Waldis (Hg.), *Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Umgang mit politischer Information und Kommunikation in digitalen Räumen*, Wiesbaden 2021. DOI 10.1007/978-3-658-33255-6.

20 Vgl. dazu Kriesi/Müller (Hg.), *Herausforderung*. Darin insbesondere: Wolfgang Merkel, *Was ist Demokratie? Herrschaft des Volkes*, in: Kriesi/Müller (Hg.), *Herausforderung Demokratie*, Zürich 2013, 100–151.

21 Glaser, *Politische Bildung*; ders. (Hg.), *Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer?* (Schriften zur Demokratieforschung 13), Zürich 2017; Béatrice Ziegler, *Studien und Konzepte zur politischen Bildung mit Migrant/-innen. Das Beispiel Schweiz*, in: Georg Weißeno (Hg.), *Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen*, Bonn 2010, 190–202; Monika Waldis, *Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Eine Durchsicht fachdidaktischer Konzepte und empirischer Befunde*, in: Steve Kenner/Dirk Lange (Hg.), *Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung*, Frankfurt a. M. 2017, 147–158; Vera Sperisen/Simon Affolter, *Teilhabe ermöglichen statt integrieren*, in: Mechtild Gomolla/Ellen Kollender/Christine Riegel/Wiebke Scharathow (Hg.), *Diversitäts- und Antidiskriminierungskonzepte im Feld von Schule und Migration. Erfordernisse, Spannungen und Widersprüche*, in: *Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management* (2019) 1-2, 106–111; Dies., *Den Blick auf das Politische schärfen. Vom Umgang mit hegemonialen Zugehörigkeitsordnungen in der Politischen Bildung*, in: Dirk Lange/Moritz P. Haarmann/Steve Kenner (Hg.), *Politische Bildung als Demokratisierung der Gesellschaft?* Wiesbaden 2020, 217–232. DOI 10.1007/978-3-658-29556-1_15.

22 Béatrice Ziegler (Hg.), *(Un-)Gleichheiten und Demokratie* (Schriften zur Demo-

3. TRADITIONELLE POLITISCHE KULTUR DER DIREKTEN DEMOKRATIE

In der Überzeugung, die demokratische Praxis der Politik in der Gemeinde und ihren Organen, im Kanton und auf Bundesebene sowie die zivilgesellschaftlichen politischen Diskussionen (in der Familie, in Vereinen und in einer als reich bezeichneten Presselandschaft) begründeten demokratische Gesinnung und Praxis auch bei heranwachsenden Generationen, ging man lange davon aus, ein allfälliger Unterricht in Politischer Bildung diene primär der Vermittlung einiger grundlegender Kenntnisse über die Institutionen. Dazu gehörte gelegentlich aber auch die Förderung „vaterländischer“ bzw. „patriotischer“ Gesinnung.²³

Traditionellerweise erfolgte in der Schweiz eine Erziehung zum Staatsbürger (und seit 1971 zur Staatsbürgerin) hauptsächlich in der nach-obligatorischen Schulzeit, nämlich vornehmlich im Geschichtsunterricht der weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II (ca. 15–19 Jahre, je nach Kanton). Lehrpläne der Berufsschulen sehen seit langem Politische Bildung als Unterrichtsgegenstand vor, reservieren dieser aber nur wenige Stunden. Im gymnasialen Unterricht banden die Lehrpläne meist Schweizer Geschichte und Staatskunde zusammen, ab den 1970er Jahren verschwand die Staatskunde fast überall aus dem Unterricht. Auch die Schweizer Geschichte geriet seit den 1970er Jahren immer stärker unter Druck, da sie den schweizerischen Sonderfall bedient habe.²⁴ Partizipation hielt man mit der Enkulturation in die politische (Vereins-)Kultur der Region und des Landes für außerschulisch gefördert. Der Inhalt „Staatskunde“ hatte damit mehrheitlich instrumentellen Charakter: Die Vermittlung eines institutionellen und formalen Grundwissens sollte den Schülerinnen und Schülern die spätere Wahrnehmung von Wahl- und Abstimmungsrechten ermöglichen.²⁵

kratieforschung 12), Zürich 2016; Dies., Geschlechterungleichheit. Demokratie und die Rolle der Schule. Anforderungen an die Professionalität der Lehrperson aus Sicht der Didaktik der Politischen Bildung, in: Susanne Burren/Sabina Larcher (Hg.), Geschlecht – Bildung – Profession. Ungleichheiten im pädagogischen Berufsfeld, Opladen–Berlin–Toronto 2022, 84–105.

- 23 Vgl. Nadine Ritzer, *Der Kalte Krieg in den Schweizer Schulen. Eine kulturgeschichtliche Analyse*, Bern 2015; vgl. außerdem Lötscher/Schneider/Ziegler, *Politische Bildung*.
- 24 Damit war insbesondere eine isolationistische Sicht auf die Politik der neutralen Schweiz gemeint.
- 25 Lötscher/Schneider/Ziegler, *Politische Bildung*.

Die Politische Bildung auf Sek-I-Stufe war in den meisten Kantonen nicht in der Stundentafel aufgeführt, Aspekte oder Themen der Politischen Bildung waren an die Gründung des schweizerischen Bundesstaates gebunden²⁶ – so wurde etwa auf die Kenntnis des Prinzips der Gewaltenteilung als grundlegender Struktur des 1848 gegründeten Bundesstaates Wert gelegt.²⁷ Aus Anlass stattfindender Wahlen in das eidgenössische oder das kantonale Parlament thematisierte man praktische Vorgehensweisen, sodass jeder Schüler, jede Schülerin wenigstens einmal in der obligatorischen Schulzeit mit dem Wählen als Vorgang vertraut gemacht worden sein dürfte.

Dies bedeutet keineswegs, dass es nicht auf beiden Sekundarstufen Lehrpersonen gegeben hat, denen eine ausgeprägte Beschäftigung mit Politik ein Anliegen war. Sie standen aber stets vor einer schwierigen Aufgabe, da sie keine fachliche und fachdidaktische Ausbildung in Politischer Bildung erfahren konnten und in einem Umfeld agieren mussten, in welchem alltagsweltliche Vorstellungen von Politischer Bildung die allfälligen Diskussionen bestimmten und schulische Politische Bildung schnell in den Geruch politischer Beeinflussung kam.²⁸

Den Verfechterinnen und Verfechtern einer Enkulturation²⁹ geht es heute angesichts der diagnostizierten Beteiligungsdefizite darum, Partizipationsangebote zu fördern, weil sie sich davon den Aufbau einer lebenslangen Praxis der Teilnahme versprechen. Empirische Studien erbringen aber keinen Nachweis, dass schulische Partizipation die Voraussetzungen für eine „politische Mündigkeit“ tatsächlich schafft.³⁰ Bisher ist nicht belegt, dass schulische und außerschulische Partizipationsprogramme einen Beitrag zur Erweiterung von

26 Ruth Calderón-Grossenbacher, Politische Bildung in der Schweiz. Analyse des Lehrplans auf Sekundarstufe I im Kanton Bern, Lizentiatsarbeit Universität Freiburg (CH) 1998.

27 Fritz Oser/Roland Reichenbach (Hg.), Politische Bildung in der Schweiz. Schlussbericht. Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), Bern 2000, 30.

28 Vgl. Ritzer, Der Kalte Krieg.

29 Darunter kann nun die traditionelle Richtung der republikanischen Sozialisierung (vgl. Abschnitt 3) oder diejenige des Demokratielernens, die in der BNE berücksichtigt wird, verstanden werden. Zu letzterer Dirk Lange/Gerhard Himmelmann (Hg.), Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der politischen Bildung, Wiesbaden 2007.

30 Carsten Quesel/Fritz Oser (Hg.), Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Zürich–Chur 2006.

Kenntnissen und zur Steigerung des Interesses an Politik leisten.³¹ Es gibt keine Hinweise, dass Partizipation das Interesse für Politik bzw. die Motivation, politisch zu handeln, direkt beeinflusst.³² Die Didaktik der Politischen Bildung setzt sich deshalb das Ziel, dass Schülerinnen und Schüler zur Partizipation befähigt werden, und fasst dies als Element der politischen Kompetenz auf.

4. EMPIRISCH BEGRÜNDETE ALARMRUFE

Die schweizerischen Befunde der internationalen IEA-Studie, in deren Rahmen Daten zum politischen Wissen, zum Interesse und zur Bereitschaft zur politischen Partizipation bei Jugendlichen der neunten Klassen kurz vor der Jahrtausendwende erhoben wurden,³³ wurden als alarmierend für einen Staat diagnostiziert, welcher die Jugendlichen mit 18 Jahren an den politischen Rechten der direkten Demokratie teilhaben lässt. Ein im internationalen Vergleich unterdurchschnittliches Wissen, Fremdenfeindlichkeit, schwach ausgeprägtes Interesse für Politik und geringe Bereitschaft zur zukünftigen Partizipation begründeten den Ruf nach schulischer Politischer Bildung. Zwar führten die Resultate der ICCS-Studie von 2009³⁴ zu einer nüchterneren, wenn auch nach wie vor besorgten Einschätzung: Insbesondere das darin zutage tretende Des-

31 Sibylle Reinhardt: Was leistet Demokratie – Lernen für die politische Bildung? Gibt es empirische Indizien zum Transfer von Partizipation im Nahraum auf Demokratie-Kompetenz im Staat? Ende einer Illusion und neue Fragen, in: Dirk Lange (Hg.), *Demokratiedidaktik. Impulse für die politische Bildung*, Wiesbaden 2010, 125–141; Alexander Wohnig, Die Entwicklung politischer Partizipationsfähigkeit in politischen Lernprozessen, in: Ziegler/Waldis (Hg.), *Politische Bildung*, 191–212; Georg Weißeno/Barbara Landwehr, Politische Partizipation. Selbstkonzept und Fachwissen. Ergebnisse einer Studie, in: Ziegler/Waldis (Hg.), *Politische Bildung*, 175–190.

32 Vgl. ebd., 186–188.

33 Fritz Oser/Horst Biedermann, *Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen. Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern*, Zürich 2003.

34 Horst Biedermann/Fritz Oser/Liana Konstantinidou/Dagmar Widorski, *Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen. Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz. Ein Vergleich mit 37 anderen Ländern (ICCS – International Civic and Citizenship Education Study)*, Universität Freiburg 2010, URL: <http://edudoc.ch/record/87080/files/zu10096.pdf> (abgerufen am 2.6.2021).

interesse von jungen Menschen gegenüber einer Beteiligung an den politischen Aushandlungsprozessen bestätigte den Handlungsdruck. Das Wissen der Jugendlichen hatte sich aber gegenüber 2003 nur auf den ersten Blick verbessert. Entfernt man aus dem Sample die Daten der neu hinzugekommenen Staaten, sehen die Ergebnisse 2009 im internationalen Vergleich nicht wesentlich besser aus als 2003. Auch der Befund, dass sich innerhalb der Gruppe der befragten Jugendlichen eine deutliche Kluft zum letzten Fünftel auftat, die zudem mit sozialen Faktoren korrelierte,³⁵ machte die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, deutlich. Andere Studien zu politischem Wissen, Interesse und Partizipationsbereitschaft von 18-Jährigen zeigten zwar, dass die jungen Leute einiges mehr an Wissen aufwiesen als noch 14-Jährige, aber ihr Interesse und ihre Partizipationsbereitschaft waren ebenfalls gering.³⁶

Kleinere qualitative Studien, die das politische Interesse und das Verständnis von politischer Bildung breiter abfragten, zeigten ein differenzierteres Bild. Sie attestierten Jugendlichen ein durchaus vorhandenes Interesse an Politik, das sich punktuell, themenbezogen und häufig in nicht institutionellen Bereichen manifestierte.³⁷ Damit erhielt der diagnostizierte Handlungsbedarf einen Hinweis auf die Richtung, in welche eine Reform zu gehen hätte. Nicht nur ein Mehr an Politischer Bildung bzw. deren Integration in die Volksschule schien angezeigt, sondern auch der Wandel des Verständnisses von Politischer Bildung hin zu einem adressaten- und handlungsorientierten Umgang mit politischen Themen und Prozessen.

35 Monika Waldis, Bildungs(un-)gleichheit in der Politischen Bildung, in: Ziegler (Hg.), (Un-)Gleichheit, 71–93, 83.

36 Ebd., mit Bezug auf CIVED-, CH-x- und CH@YOUPART-Studien.

37 Vgl. etwa Matthias Künzler/Yvonne Herzig Gainsford, „Ich finde es wichtig, dass man abstimmen geht!“ Studie zum politischen Interesse von Jugendlichen mit Empfehlungen für die Praxis. Teilstudie II im Rahmen von „scoop-it 2.0!“, Chur 2015, URL: https://www.fhgr.ch/fileadmin/fhgr/angewandte_zukunftstechnologien/IMP/projekte/scoop_it_2.0/Projekt-scoop_it_2.0-gruppendiskussion.pdf (abgerufen am 2.6.2021).

5. „BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“ STATT POLITISCHE BILDUNG

In ähnlicher Weise wie für die Geschichtsdidaktik³⁸ kam die Neukonzeption der Volksschule durch erstmals kantonsübergreifende, sprachregionale Lehrpläne (LP21³⁹ und PER⁴⁰) auch für die erst am Anfang stehende Didaktik der Politischen Bildung zu früh. Die noch nicht ausformulierte, aber auch in der Öffentlichkeit (noch) zu wenig akzeptierte Konzeption einer kompetenzorientierten Didaktik der Politischen Bildung in der Schweiz wurde angesichts der Tatsache, dass Politische Bildung sowieso keine eigenständige Domäne, sondern ein transversales „Thema“ werden sollte, beiseitegeschoben.⁴¹ „Demokratie“ und „Menschenrechte“ sollten thematisiert werden, die zentrale Verantwortung dafür wurde der Geschichte (auf Sek-I-Stufe) bzw. dem Fachbereich „Natur, Mensch, Mitwelt“ (Primar- bzw. Grundschulstufe) zugewiesen. Die dahinter liegende Konzeption entsprang der „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE), die damit aus zwei Gründen in die Lehrpläne Eingang fand: Zum einen bestand und besteht ein starker zivilgesellschaftlicher Druck, Umweltfragen in der Schule zu einem wichtigen Thema zu machen, was auch unter den Lehrpersonen hohe Akzeptanz besitzt.⁴² Zum andern hat die Schweiz internationale Vereinbarungen unterzeichnet, mit denen sie sich verpflichtete,

38 Vgl. Béatrice Ziegler, Reform zum falschen Zeitpunkt. Die Ausgestaltung des Fachs „Geschichte“ im Lehrplan 21 als Kollateralschaden, in: Flavian Imlig/Lukas Lehmann/Karin Manz (Hg.), Folgeprobleme. Annäherungen an eine Theorie der Schulreform. Lucien Criblez zum 60. Geburtstag, Wiesbaden 2018, 37–50.

39 Lehrplan 21, URL: <https://www.lehrplan21.ch/> (besucht am 2.6.2021).

40 Plan d'études. Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin, URL: <https://www.plandetudes.ch/> (abgerufen am 2.6.2021).

41 Béatrice Ziegler, Politische Bildung im Deutschschweizer Lehrplan (Lehrplan 21), in: Actes du congrès de l'Actualité de la recherche en éducation et en formation. Université de Genève, 13–16 septembre 2010, Genève 2011, URL: <https://plone2.unige.ch/aref2010/symposiums-longs/coordonateurs-en-h/nouvelles-demandes-sociales-et-valeurs-portees-par-l2019ecole> (abgerufen am 2.6.2021); Dies., Welche Politische Bildung wollen wir? Die Arbeiten zur Integration von Politischer Bildung im Lehrplan 21, in: *vpod – Bildungspolitik* 170 (2011) 4–6; Dies., Politische Bildung im Deutschschweizer Lehrplan, in: Lehrplan 21, 29–46.

42 Lehrkräfte waren bereits davor für diese Thematik sensibilisiert und wurden unterstützt durch Stiftungen wie das Naturama in Aarau, URL: <https://www.naturama.ch/> (abgerufen am 1.6.2021), oder diejenigen, die sich im Zusammenhang mit den neuen Lehrplänen als Stiftung éducation 21, als nationales Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in der

BNE, aber auch Menschenrechts- und Demokratieerziehung in die Schulen zu integrieren. Letzteres schien mit dem Einbezug der beiden Themen in die BNE-Konzeption erfüllt.⁴³ Damit hat die Schule nun zwar deutlich Abstand von einer Staatsbürgerschaftskunde genommen, aber von einer Integration der Politischen Bildung – wie durchaus behauptet wird – kann deswegen nicht gesprochen werden. Aus Sicht der Didaktik der Politischen Bildung handelt es sich um eine verpasste Chance.

Die Leitidee der „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ weist einen normativen Überschuss auf, auch wenn jüngere Konzeptionen deutlich argumentativer geworden sind. Die Didaktik der Politischen Bildung setzt hingegen darauf, zentrale Wertekonzepte wie „Gemeinwohl“, „Demokratie“, „Menschenrechte“ oder „Nachhaltigkeit“ in argumentativer und kontroverser Weise mit Fokus darauf zu behandeln, die Bedeutung dieser Wertekonzepte für eine nachhaltig demokratische Gesellschaft zu entwickeln und zu diskutieren. Politische Bildung den Zielsetzungen der BNE unterzuordnen, wie dies in den Lehrplänen LP 21 und PER geschehen ist, ist mit deren Intention, Kontroversität auch in der Behandlung von Wertkonzepten zu beachten, nicht kompatibel. Es werden damit per se Grundprinzipien der Politischen Bildung für die Schule verletzt.⁴⁴ Die schulische Einforderung von bestimmten Werthaltungen wäre aus Sicht der Didaktik der Politischen Bildung als Indoktrination und damit als eine massive Einschränkung persönlicher Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten und letztlich der Entfaltungsfreiheit einzustufen und wird denn auch als typisch für undemokratische Schulsysteme eingeschätzt.⁴⁵

Schweiz, zusammenschlossen, URL: <https://www.education21.ch/de> (abgerufen am 1.6.2021).

43 Vgl. dazu die Erläuterungen der Stiftung education 21, URL: <https://www.education21.ch/de/bne> (abgerufen am 1.6.2021).

44 Béatrice Ziegler, Fachliches Lernen und thematische Fokussierung. *Éducatons à als Themen in der Politischen Bildung*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Bildungsforschung* 42 (2020) 1, 46–63.

45 Wolfgang Sander, *Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland*, Marburg 2010; vgl. zudem die Debatte um den Beutelsbacher Konsens in Benedikt Widmaier/Peter Zorn (Hg.), *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung*, Bonn 2016.

6. FAZIT

Die Didaktik der Politischen Bildung verwahrt sich gegen den Auftrag, gute Demokratie garantieren zu sollen. Vielmehr sieht sie es als Notwendigkeit an, Kinder und Jugendliche an die Mechanismen der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse heranzuführen, damit sie vielseitig informiert gut begründete Entscheidungen für sich fällen und ihre Interessen und Werthaltungen in die politischen Prozesse einbringen können. Dabei berücksichtigt sie die Tatsache, dass heutige Gesellschaften äußerst heterogen sind, Politische Bildung also die Staatsbürgerschaft nicht zur Voraussetzung, sondern zu einem Analysekonzept für das kompetente Handeln in der Demokratie machen muss.

Inhalte und Vorgehensweisen beim Lehren und Lernen im Bereich der Politischen Bildung begründet die Didaktik der Politischen Bildung mit theoretisch entwickelten und empirisch überprüften Ansätzen und Konzepten. Derweil stemmt sich das immer noch tief verwurzelte Verständnis von Politischer Bildung als politischer Sozialisation gegen schulische Politische Bildung und verteidigt die enge Bindung von Politischer Bildung an die („vaterländische“) Geschichte. Gleichzeitig hat man sich mit der Integration in die BNE für die Einführung von Konzepten der Menschenrechte und der Demokratie entschieden, die aber weitestgehend von Politik befreit sind.

Schulische Politische Bildung, so argumentiert die Didaktik der Politischen Bildung zugunsten ihrer Domäne, ermöglicht rationale und sachbezogene demokratische Prozesse und damit auch auf solider Information basierende Legitimation von Herrschaft. Entscheidungen sind nachhaltiger, wenn informierte Bürgerinnen und Bürger sich von unsorgfältigen und irreführenden Diskussionen in der Öffentlichkeit weniger täuschen lassen. Damit bilden die Abstimmungsergebnisse gefestigte politische Interessen und Haltungen ab und führen zu besseren politischen Problemlösungen. Kompetente Bürgerinnen und Bürger vermögen es, den Menschenrechten und demokratischen Grundrechten Achtung zu verschaffen, und stärken die demokratischen Institutionen durch ihre Kontrolle. Die Didaktik der Politischen Bildung ist weit davon entfernt, in der schulischen Politischen Bildung ein Allheilmittel gegen demokratische Gefährdungen zu sehen. Aber Demokratie kann es sich nicht leisten, auf eine forschungsbasierte Didaktik der Politischen Bildung und auf die Förderung politischer Kompetenz im schulischen Kontext zu verzichten. Zu groß ist die Gefahr, dass sie sich und ihre Institutionen selbst zerstört.

